

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühr),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg, St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Verlags-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.
Zeitungss. Beilagen Nr. 3202.

Inhalt: Zur Frage des kollektiven Arbeitsvertrages. — Das Baugewerbe unter der Einwirkung der Krise. — Bewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahnregungen. — Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterleben, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

der sogenannten „guten alten Zeit“, unter der Herrschaft der zünftlerischen Handwerksorganisation, hauptsächlich im Baugewerbe der kollektive Arbeitsvertrag ausschließliche Geltung hatte. Erst das kapitalistische Wirtschaftssystem hat im Verlaufe des 19. Jahrhunderts an die Stelle der kollektiven die individuelle Regelung des Arbeitsverhältnisses gebracht.

Von besonderem Interesse sind fobann folgenden Ausführungen:

„Seine Meinung, die da überhaupt jedesmal ein Ver- handeln mit den Arbeitern ablehnt, für überflüssig oder gar für entwürdigend hält und den Arbeitnehmern jedes Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung des Arbeitsverhältnisses abspricht, muß ich als veraltet und unpraktisch bezeichnen. Jeder Baugeschäftsinhaber, der praktisch tätig ist und diese in erster Linie praktischen Angelegenheiten nicht nur vom Standpunkte der immer noch grauen Theorie behandeln wissen will, wird zugeben müssen, daß in jeder Großstadt, ja in jeder halbwegs mittleren Stadt die Stimme und der Wille des Diktators heute nicht mehr im Stande sein wird, geordnete Zustände im Gewerbe zu schaffen. Ja, der sich gegen das Defizit aufzumende Arbeiter, der in den größeren Städten, zumal in seinen arbeitsfähigen Elementen, fast durchweg organisiert ist, wird bei den heutigen sozialpolitischen Bestrebungen an der nicht zu bezweifelnden öffentlichen Meinung, vielleicht sogar an mancher Kommunalbehörde, manchem verkappt sozialdemokratisch gesinnten Bauherrn oder Bauleiter-Mißthät finden. Ueberflüssig ist jedenfalls das Verhandeln und Vertragsschließen mit Arbeitern nicht, noch viel weniger ist es nach meinen Erfahrungen entwürdigend. Der deutsche Bauarbeitgeber ist kein feudaler Junker und wird sich nie dazu stempeln lassen, und deshalb wird es ihm, wie jedem human denkenden Arbeitgeber, eine innere Befriedigung sein, auch die Vertreter seiner von ihm in geistiger Hinsicht abhängigen Untergebenen und damit deren Meinung und Auffassung gehört zu haben und — unter scharfer Zurückweisung aller unberechtigten Uebergriffe — dem Arbeiter zu geben, was der Arbeiter ist. Der Vertreter der Arbeiter wird aber vielfach, infolge seiner über das Durchschnittsmass hinausgehenden Intelligenz, besser in der Lage sein, den eigentlichen Begehr der Arbeiter fund zu thun, als diese selbst. Der Arbeiter aber fühlt sich durch das gleichberechtigte Verhandeln gehoben und äugelt seine Forderungen und Leuerungen; das drückende Bewußtsein der wirtschaftlichen Abhängigkeit und lidenhaften Bildung vor überhaupt die extremen sozialen Gegensätze schwinden, und das vorhandene Abhängigkeitsverhältnis des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber wird durch Anerkennung der Gleichberechtigung nicht, wie die Gegner der Tarifgemeinschaften glauben, beeinträchtigt, sondern eher gehoben. Daß es auch hier Uebernahmen und Entlassungen giebt, ist selbstverständlich und bestärkt die Regel. In die breite Masse bringt jedenfalls das Bewußtsein, daß ihr die berechtigte Vertretung zugebilligt wird, sie ist sich auch auf der anderen Seite sehr wohl bewußt, daß sich gleiche Parteien als wirtschaftliche Einheiten gegenüberstehen und der Einzelne nichts gegen die vereinbarten Vorschriften zu unternehmen hat.“

„Den größten Nachteil erblicken die Gegner der Tarifgemeinschaften in der offiziellen Anerkennung der Arbeiterorganisationen, der dadurch bewerkstelligten Kräftigung derselben und der indirekten Stärkung der Sozialdemokratie. Es wird ohne Weiteres zugegeben, daß dieser Einwurf auf den ersten Blick viel für sich hat, bei näherer Betrachtung verliert er aber sehr an Gewicht. Der Grundgedanke, daß die Regelung des Arbeitsverhältnisses nicht willkürliche Sache des einzelnen Arbeitgebers und Arbeitnehmers ist, sondern nur durch Verständigung beiderseitig guter Organisationen einheitliche Arbeitsbedingungen geschaffen werden können, ist vielmehr auch hier ausschlaggebend.“

„Zunächst, mit wem anders soll verhandelt werden, als mit den Organisationsvertretern? Die Antwort lautet: Jeder Meister verhandelt mit seinen Gesellen. Wer sind nun aber seine Gesellen? Welcher Arbeitgeber kennt namentlich in einem mittleren oder Großbetriebe und in einer Großstadt seine Gesellen. Bei der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe, bei der ständigen Fluktuation der Gesellen, dem häufigen Wechsel der Arbeitsstätten, der Wechselbarkeit der einzelnen Arbeitnehmer zu wechselnden Arbeiten ist es ein Unding, dem Meister und seinen Gesellen zu sprechen, und geradezu eine technische Notwendigkeit, eine generelle Arbeitervertretung zu haben. Das wird jeder Großstadmeister zugeben müssen. Man zeige

einem Berliner Meister mal seine Gesellenhaft, und in 99 von 100 Fällen wird sich dieselbe als durchweg oder weitaus überwiegend organisiert erweisen und als ihre Vertreter alsbald die Organisationsleiter präsentieren.“

„So schön daher theoretisch sich das „Verhandeln mit seinen Gesellen“, mit anderen Worten der individuelle Arbeitsvertrag, ausnehmen mag, in der Praxis ist es entweder ein Zeichen von Kurzsichtigkeit oder auch ein Beweis dafür, daß der Befürworter dieses Systems nicht oder nicht mehr mit dem Leben und Weiben der Praxis verwaschen ist.“

„Wohl oder übel wird daher jeder Meister, wenn er solche geordneten Verhältnisse haben will, die Organisation seiner Gesellen und deren Leiter anerkennen müssen und es mit Freuden begrüßen und hinnehmen, wenn ihm von Fall zu Fall die Schwierigkeit des Verhandeln erspart bleibt und für die gesamte Meisterschaft erwählte Vertreter diese immerhin schwierigen Funktionen verrichten. Ob dann daraus eine Stärkung der Arbeitnehmer-Organisationen erwächst oder nicht, ist dahingestellt. Jedenfalls kommen die Früchte des Verhandeln und der Tarifgemeinschaften jedem, auch dem nichtorganisierten Arbeiter zu Gute; dem ruhigen Arbeiter ist seine Ruhe gesichert und dem unverbesserlichen Geher ein guter Teil des Wobens, auf dem er seine Angriffe aufbaut, entzogen. Der ergiebigste Werth der Tarifgemeinschaften wird einseitigen Arbeitern die Augen über die wahre Natur mancher Führer öffnen und ihnen das ewige Rebellieren und Rasen nützen noch mehr als bisher verfaßt machen. Jedenfalls kann es nicht Sache der Arbeitgeber sein, zur Legitimation der Arbeitervertreter, zumal wenn sie sich ihre Anerkennung bereits einmal erlangt haben, die Organisation aller Arbeiter zu verlangen, und den Arbeitern kann es nicht verweigert werden, wenn sie ihrerseits auf legalem Wege das zu erziehen suchen, was auch wir wollen: einen festen Zusammenschluß.“

„Zu bedauern ist es, daß die sogenannten neutralen Gewerkschaften im Baugewerbe, die mit einem wesentlichen Faktor zur Schaffung ordentlicher Arbeitsverhältnisse bilden können, zweifelslos fast durchweg aus zielbewußten Sozialdemokraten zusammengesetzt sind. Für den nationalgesinnten Arbeitgeber liegt aber darin kein Grund, den Fehler, den die Gewerkschaften durch Verquickung von Wirtschaftsinteressen und Politik machen, nachzuahmen und die Mitglieder von Arbeitgeberverbänden zu politischen Stellungnahmen gegen die Arbeiter oder gar zur Unterstützung politischer Parteien zu verleiten. Der Arbeitgeber betrachte die Gewerkschaften nur als solche, d. h. als unpolitische Vertreter einer Wirtschaftsklasse, und er wird dann stets in der Lage sein, die Einmischung politischer Fragen in das Verhandeln und Vertragsschließen streng zurückzuweisen. Zur Eindämmung der politischen Arbeitermacht sind die Arbeitgeberverbände nur in wenigen Fällen die geeigneten Organe, meistens werden sie sich auf die Abwehr wirtschaftlicher Uebergriffe zu beschränken haben und es den Verbänden und politischen Parteien überlassen müssen, ihrerseits Schritte zur Sozialdemokratie der Sozialdemokratie zu thun. Der beste Boden aber, auf dem sich wirtschaftliche Uebergriffe beseitigen und friedliche, geordnete Gewerbeverhältnisse aufbauen lassen, sind beiderseitig starke Organisationen, und wenn die Gewerkschaften dafür zu haben sind, so mag die Bekämpfung der politischen Gewerkschaft politischen Vereinen überlassen bleiben. Die beiderseitigen Organisationen sind ferner der beste und der alleinige Boden, um eine Garantie für Innehaltung vertraglich festgelegter Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Die Behauptung, daß diese Garantie nur von der einen Seite, der Arbeitgeberorganisation, geboten wird, während die Arbeiter und ihre Organisation Tarifverträge nur als Sicherung für Zeiten geschäftlichen Niederganges ansehen, beim Ausfließen der Konjunktur sich dagegen gewissenlos über die Abmachungen hinwegsetzen, ist aber nur eine Behauptung, für die meines Wissens in der Praxis noch nicht der Beweis erbracht ist.“

„Es ist für Berlin unübersehbar, daß die Arbeiterführer stets in ihren Versammlungen, Organen etc. für Innehaltung aller Vertragsbestimmungen eingetreten sind, ja sogar in nicht seltenen Fällen in der Schlichtungs-Kommission unbedingtes Vorgehen einzelner Arbeitnehmer gemißbilligt, Uebergriffe aufgefaßt und auch durchgeführt haben.“

„Der Hauptzweck des Vertragsabschlusses ist die Herstellung ruhiger, geordneter Arbeitsverhältnisse, die Verhinderung von Streiken und die Beilegung von Differenzen auf friedlichem Wege. Mit der Berliner Tarifgemeinschaft ist dieser Zweck, sobald sich dieselbe in den Parteien eingebürgert hatte, und dies geschah — ein Zeichen des Wohlwollens — in überraschend schneller Weise, aufrechterhalten erreicht. Es ist Ruhe und Frieden auf den Baustellen eingekehrt, die parteilichen Streiks sind beseitigt, und es ist auch gelungen, einem drohenden Abnehmen der Arbeitsleistung

Zur Frage des kollektiven Arbeitsvertrages.

Die dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, welche am 31. Oktober 1901 in Frankfurt a. M. tagte, beschäftigte sich u. A. mit prinzipiellen Organisationsfragen, speziell den Tarifgemeinschaften. Erst im Februar d. J., nach nahezu vier Monaten, ist das Organ des Bundes, die „Baugewerk-Zeitung“, dazu gelangt, einen näheren Bericht über diese Verhandlungen zu veröffentlichen. (Erste Beilage der „Baugewerk-Zeitung“ Nr. 10 und Nr. 13.) Nachstehend fassen wir die wichtigsten Theile des Berichtes zusammen.

Zunächst bemerkte Herr Krans-Berlin, es sei außerordentlich wichtig sich über die Tarifgemeinschaften auszusprechen. Ein Unternehmerverband halte solche Gemeinschaften für zweckmäßig, der andere nicht. Die Verhältnisse seien zu verschieden. Die Hansestädte z. B. müßten mit der Konkurrenz des Auslandes rechnen. Am besten sei es, die Ordnung der Hauptfragen den einzelnen Verbänden zu überlassen. In Berlin halte man Tarifgemeinschaften für vorthellhaft; bisher habe man dort nur gute Erfahrungen damit gemacht. Deshalb habe Berlin seine fernere Mitgliedschaft zum Bunde davon abhängig machen müssen, daß nicht Stimmung gegen die Tarifgemeinschaft gemacht werde.

Sodann brachte Herr Feuer-Berlin ein die Frage der Tarifgemeinschaft in eingehender Weise behandelndes umfangreiches Schriftstück zur Verlesung. Die Ausführungen desselben gehen dahin: Eine der Hauptaufgaben der Arbeitgeberverbände sei die Festsetzung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen, die den lokalen Verhältnissen entsprechen; das erstrebenswerthe Ziel sei, ruhige, friedliche Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe zu schaffen. Dazu stehen zwei Wege offen: 1. Vertragschluß zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (sogenannter individueller Arbeitsvertrag). 2. Vertragschluß zwischen einer Mehrzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (sogenannter kollektiver Arbeitsvertrag). Herr Feuer will für den kollektiven Arbeitsvertrag generell die bekannte Bezeichnung „Tarifgemeinschaft“ beibehalten wissen. Er versteht unter einer lokalen Tarifgemeinschaft „eine Vereinbarung von einheitlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für einen bestimmten Geltungsbezirk zwischen den Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines bestimmten Gewerbes zum Zwecke der Verhinderung von Streiks und Sperren und zur Beilegung von Differenzen.“ Dann heißt es weiter:

„Als vor noch nicht gar zu langer Zeit war die individuelle Regelung des Arbeitsverhältnisses fast allgemein im deutschen Baugewerbe üblich und die Tarifgemeinschaft in der Praxis wenig bekannt. Erst im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich der kollektive Vertrag nach dem englischen Muster mehr und mehr auch in Deutschland eingebürgert, und die seit vielen Jahren und in den verschiedenartigen Gewerben mit ihm gemachten Erfahrungen werden ihm trotz aller Anfeindungen von Arbeitgeber- und revolutionär gesinnter Arbeitnehmerseite die eroberte Stellung sichern.“

Herr Feuer befindet sich hier in einem schweren Irrthum. Wir haben erst kürzlich dargelegt, daß in

fugenlos" Luginow-Wand) billiger herstellen könne, da sie die Arbeiter nur mit 70 $\frac{1}{2}$ pro Stunde entlohn. Thatsächlich gehört die Aufertigung dieser Wand in den Bereich des Abbaugewerbes und erfordert auch eine große Kraftanwendung, so daß ein Stundenlohn von 80 $\frac{1}{2}$ eher zu niedrig, als zu hoch erscheint. Die Bürger dieser Luginow-Wand (Mitglieder der Baugesellschaft Berlin) haben auch des Letzteren Anträge auf Lohn-erhöhung an den Vorstand des Zweigvereins gestellt. Nachdem die beteiligten Kollegen in zwei Versammlungen ihre Forderungen formuliert hatten, trat der Vorstand des Vereins am 18. März in Verhandlung mit der Firma. Das Ergebnis war jedoch ein negatives; die Firma Luginow hielt daran fest, daß von jedem Gesellen eine vierwöchentliche Lehrzeit durchzumachen sei, für welche Zeit ein Stundenlohn von 70 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden sollte. Auf dieses Anerbieten konnten unsere Kollegen selbstverständlich nicht eingehen, da dann wahrscheinlich alle vier Wochen neue Leute beschäftigt worden wären, was, ohne Aufsehen zu erregen, um so leichter geschehen kann, da diese Arbeiter an einem Bau immer nur ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen. Der Stundenlohn von 80 $\frac{1}{2}$ für sogenannte ältere oder angelernte Arbeiter wäre also gänzlich in Frage gekommen. Nachdem auch eine zweite Verhandlung am 22. März erfolglos ausgefallen, traten die Bürger der Luginow-Wand am Montag einmütig in den Ausstand. Nach 24-tägigem Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem von der Firma folgender Vertrag unterzeichnet wurde: Der Lohnsatz für alle Plattenleger und Mauerer beträgt 80 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Als Arbeitszeit gilt die durch Vertrag festgesetzte Zeit der Mauerer. Alle Arbeiten werden im Lohn ausbezahlt. Auf jedem Bau muß eine verschließbare Hütte vorhanden sein. Bei Ausföhrung von Arbeiten, die außerhalb der Ringbahn liegen, wird das Fahrgeld bezahlt. Fahrgeld dritter Klasse wird nach den Vorzeichen und nach außerhalb einschlägig dem nächstliegenden Hauptbahnhof ab. Fahrgeld wird als Arbeitszeit bezahlt. In Zeiten, von wo eine tägliche Summe und Wüchsigkeit nicht möglich ist, wird außerdem eine tägliche Entschädigung von 2 $\frac{1}{2}$ bezahlt. Essen und Sanitärerzeug werden von der Firma geliefert. Die Lohnzahlung muß Sonnabend Abends 5 Uhr erledigt sein. Weitere Arbeitszeit wird als Arbeitszeit einschlägig, ebenso der Weg nach dem Geschäft. Liegt ein Verschulden des Arbeiters vor, so kann eine Entschädigung nicht erfolgen. Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis werden von den Beauftragten der Firma und einem Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Mauerer geschlichtet. Maßregelungen wegen sachlichen Untertuns für die Organisation dürfen nicht stattfinden. Dieser Vertrag gilt bis zum 31. März 1903 und bleibt für ein weiteres Jahr bestehen, wenn er nicht von einer der vertrags-schließenden Parteien vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Eine sogenannte schwarze Liste haben die Unternehmer in Mittelnberge aufgestellt. Das als „heimlich“ bezeichnete Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Wir unterzeichneten Arbeitgeber verpflichten und hierdurch, folgende Maurergesellen (sogen 10 Namen) nicht wieder in Arbeit zu stellen.

Diejenigen Unternehmer, welche vorgeannte Leute beschäftigen, dürfen sie, wenn die Leute aus einem anderen Grunde, als Mangel der Arbeit entlassen werden nicht wieder einstellen. (Gerätliche Dein Volk an! Die Unternehmer sollten schon deswegen des „groben Unfugs“ geüben werden, weil sie die deutsche Sprache so schrecklich mißhandeln. Die Red. v. Grundstein.)

Der gegen vorstehende Verpflichtungen verstößt, zahlt eine Conventionalstrafe von 50 $\frac{1}{2}$ über deren Verbruch die Arbeitnehmer mit Ausnahme des zahlenden-Unternehmers zu befreien haben.

Vorstehendes erkennen wir durch Namens-Unterschrift an. gez.: Krüger, Möbeler, Mannin, Magerburg, Wolf, Böhler, Appel.

Darum die Mauerer gemäßigter werden sollen, wird natürlich nicht gesagt; wahrscheinlich sollen sie nur deshalb an freiwilliger Arbeitsleistung gebunden werden, weil sie die Organisation der Gesellen zu fördern suchen und die Mißstände auf den Bauten fürdies aufdecken. Mit der Herausgabe dieses Urteils geben daher die Unternehmer unumwunden zu, daß bei ihnen Vieles falsch ist, daß die Zustände auf den Arbeitsplätzen das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen können.

— Den von den Unternehmern gewünschten Erfolg wird die Maßregelung nicht haben. Einer und der Andere der Gemäßigten wird vielleicht in Mittelnberge vorläufig keine Arbeit erhalten, sie werden von der Organisation unterstützt und anderwärts in Arbeit gebracht werden; die Agitation wird keinen Tag unterbrochen und statt Furcht und Schrecken, wird sie wohl hoffen, werden die Unternehmer Gutz und Verachtung ernten. — Die Arbeiterorganisationen bekämpfen heute nicht die Organisationen der Unternehmer; die Gewerkschaften kümmern sich auch den Zweifel darum, ob der Unternehmer politisch ergereaktionär ist oder ob er zu den „Liberalen“ gehört. Die von einigen Unternehmern beliebte Kampfsart wird aber dahin führen müssen, daß die Gewerkschaften früher oder später mit gleicher Münze dienen. Die Zeit wird nicht allzufern sein, daß die Organisationen stark genug sind, den Unternehmern den Probenhochmut gründlich auszutreiben. Bis dahin werden die Mißstände, die den „mißliebigen“ Arbeitern beigebracht worden sind, nicht vergessen sein.

Der Unternehmer Albrecht aus Wilsnack hat im Mittelnberger Lohngeld Arbeit übernommen, glaube aber, die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse ignorieren zu dürfen; statt 84 $\frac{1}{2}$ bei zehnstündiger Arbeitszeit wollte Albrecht 80–82 $\frac{1}{2}$ bei elfstündiger Arbeitszeit zahlen. Eine dreitägige Sperre seines Hauses ließ dem Unternehmer rathsam erscheinen, die üblichen Bedingungen anzuerkennen.

In Weitzen a. d. O. reduzierte der Unternehmer Ehrlich den Stundenlohn um 2 $\frac{1}{2}$. Nach zweitägiger Sperre erklärte O. sich bereit, den bisherigen Stundenlohn von 85 $\frac{1}{2}$ weiter zu zahlen.

In Spremberg haben die bei der Firma Emil Gunde an n beschäftigten Mauerer die Arbeit niedergelegt, da die Firma den bestehenden Vertrag nicht anerkennen will. Die Mauerer traten zwar nach den Bedingungen des Lohnsatzes in die Arbeit, erlitten jedoch am Sonntag einen Abzug von 2 bis 4 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Einigungsversuche vor dem Schiedsgericht scheiterten. Es handelt sich hierbei offenbar um eine Probe; gelang es der Firma, den Lohn zu drücken und den Tarif zu durchbrechen, so folgen die übrigen Firmen sehr schnell nach. Es wird daher Alles daran gesetzt werden müssen, um diesen ersten Versuch zurückzuschlagen.

In Schlafte haben die Kollegen den Unternehmern eine Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 82 auf 85 $\frac{1}{2}$ bei 11 stündiger Arbeitszeit zugehen lassen. Die Unternehmer antworteten kurz und bündig, daß sie auf die Forderung nicht eingehen. Außerdem beschlossen sie, die Vorstandsmitglieder des Zweigvereins und die Mitglieder der Lohnkommission aus der Arbeit zu entlassen. Zur Sicherung für die Innehaltung dieses Beschlusses mußte jeder Unternehmer 8.800 deponieren.

In Bosen haben an den letzten beiden Sonntagen vor Ostern Versammlungen stattgefunden, die sich mit der Lohnfrage beschäftigten. In der ersten hielt Kollege Schuze aus Berlin einen vortönen Vortrag, der von den Kollegen sehr beifällig aufgenommen wurde. Nachstehend verzeichnete Resolution, die von der Versammlung gutgeheißen wurde, war das Resultat der Diskussion:

„Die heute, am 16. März 1902, tagende öffentliche Maurerversammlung nimmt Kenntnis von der Verhandlung zwischen den Unternehmern und Arbeitern des Maurergewerbes und ersticht daraus, daß die Unternehmer nicht gewillt sind, den Wünschen der Gesellen zu entsprechen. Die Versammlung zieht in Erwägung, daß der letzte Lohnsatz, den Anforderungen und Bedürfnissen der Mauerer nicht entspricht. Angesichts der in der letzten Zeit stattgefundenen Mißlichkeiten und der erhöhten Lebensmittelpreise sind die Forderungen der Mauerer nur zu gerechtfertigt. Die Versammlung beauftragt die gewählte Kommission, nochmals mit den Unternehmern in Verhandlung treten zu wollen, um die angeführten Gründe zu erwägen und Beschlüsse zu fassen, die den Wünschen und Bedürfnissen der Gesellen entsprechen.“

In dem weiteren Verlauf der Versammlung machten die anwesenden Vertreter der Innung der Maurergesellen einen solchen Estand, daß die Versammlung politisch aufgelöst wurde. In einer abermaligen Unterhandlung der Lohnkommission mit den Unternehmern, die am 27. März stattfand, kam eine Einigung wiederum nicht zu Stande. Die Unternehmer wollen den alten Tarif mit einem Lohnsatz von 41–43 $\frac{1}{2}$ auf ein Jahr verlängern, während die Gesellen eine Erhöhung des Lohnes auf 45 $\frac{1}{2}$ verlangen. Es dürfte wahrscheinlich zum Streik kommen.

Die Unternehmer in Halberstadt haben sämtliche Gesellen am 1. April ausgesperrt. Die Herren befürchten, daß in der Spätsaison ein Streik zum Ausbruch kommen könnte und deshalb wollen sie die Lohnfrage vor dem eigentlichen Beginn der Bauzeit geregelt wissen. Ob es ihnen gelingen wird, durch das gewaltsame Mittel der Aussperrung die Differenzen in ihrem Sinne zu beseitigen, dürfte doch etwas fraglich erscheinen. In der Hauptsache handelt es sich bei dem Streik um den Passus im Vertrage, daß Maßregelungen wegen der Ungehörigkeit zur Organisation nicht stattfinden dürfen. Die Unternehmer wollen diese Bestimmung aus dem Vertrage beseitigen wissen, weil sie befürchten, daß dadurch ihre Autorität beeinträchtigt und ihnen das Recht genommen würde, „frei im eigenen Hause“ zu sein. Diese Bestimmung entspringt geistlicher Grundlage; es ist vielmehr eher anzunehmen, daß die Herren, aufgeschaltet von Berliner oder Magdeburger Regierungen ihres Verbandes, den Streik gewaltsam zum Stande bringen, um eine allgemeine Beschäftigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Diese Annahme erscheint um so begründeter, als die Differenzpunkte, soweit sie auf den Lohn Bezug hatten, bereits in Unterhandlungen, die von dem Ober-Maurermeister als Unparteilichen geleitet wurden, beseitigt waren.

Die Sperre über den Unternehmer Meßberger in Mittelnburg a. d. W. ist aufgehoben. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Ursache an der Wohnnahme der Gesellen weniger Meßberger als der Unternehmer Göbde gegeben hat. Dieser gute Mann hat nämlich so etwas wie Vorweisung spielen wollen. Er theilte Meßberger eines guten Tages mit, die Mauerer hätten beschlossen, sein Meßberger, Gehalt zu sperren, um auf diese Weise einen Druck auf die Lohnverhältnisse im Allgemeinen auszuüben. Meßberger hat dies geglaubt und darauf erklärt, keine Verbandsmittelglieder beschäftigen zu wollen. Die Sperre hat aber doch ihr Gutes gehabt. Sie hat wenigstens bewirkt, daß in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Unternehmer und der Lohnkommission ein Vertrag zu Stande gekommen ist, wonach der Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$ auf 37 $\frac{1}{2}$ erhöht wird; außerdem gewährt der Vertrag, der bis zum 1. April 1903 Gültigkeit hat, den Gesellen noch andere Vergünstigungen. Die Sperre über das Gehalt des Unternehmers Göbde bleibt bestehen.

Die Mauerer und Zimmerer in Kiel stehen seit einiger Zeit mit der Innung in Unterhandlung wegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitveränderung. Ursprünglich lautete die Forderung der Gesellen: neunstündige Arbeitszeit und 65 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Später wurde die Forderung jedoch dahin erniedrigt, daß für dieses Jahr bei zehnstündiger Arbeitszeit (wie bisher) 60 $\frac{1}{2}$ (bisher 65 $\frac{1}{2}$) und für nächstes Jahr bei zehnstündiger Arbeitszeit 63 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn gezahlt werden sollte. Die Innung lehnte auch diese erniedrigte Forderung ab und bot bei zehnstündiger Arbeitszeit 68 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn auf die Dauer von zwei Jahren. Dieses Angebot wurde sowohl von den Mauerern als auch von den Zimmerern abgelehnt. Nunmehr hat die Innung als äußerster Entgegenkommen 60 $\frac{1}{2}$ geboten, will aber diesen Lohnsatz auf 6 Jahre durch Vertrag festlegen. Zugleich hat sie den Gesellen angedeutet, daß das ihr letzte Wort sei und „um den Gesellen Zeit zu lassen, sich in Versammlungen über dieses Angebot schlüssig zu werden“, beschließen, die Arbeit bis zum Mittwoch, 2. April, ruhen zu lassen. Damit sind also die Gesellen, wenn auch zunächst nur für einige Tage, regelrecht ausgesperrt.

Über die Lohnbewegung in Laage i. M. wird uns von dort geschrieben: Bereits im vorigen Jahre hielten die Kollegen es an der Zeit, bessere Arbeits- und Lohnbedingungen von den Unternehmern zu fordern. Die Konjunktur erlaubte es jedoch nicht, mit den nötigen Nachdruck vorzugehen. Die Forderungen wurden deshalb in diesem Jahre erneuert. Es wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 35 $\frac{1}{2}$, die Verkürzung der Arbeitszeit von 10½ auf 10 Stunden und die Gewährung eines Randgebotes von 25 $\frac{1}{2}$ täglich verlangt. Da die Auszahlung des verdienten Lohnes nur ratenweise erfolgte, wurde auch eine geregelte Lohnauszahlung an jedem Sonnabend gewünscht. Bisher wurde den Kollegen von dem Innungsmeister Korff je nach Verbleiben ein Broden von den so sauer verdienten Groschen hingeworfen. Es ist nicht selten vorgekommen, daß nach Schluß der Arbeitsperiode Kollegen 80 und darüber zu fordern hatten, welche dann so nach und nach auf niedrigeres Auffordern herabgerückt wurden. Auf Anregung des

Gesellenauschusses fand dann auch eine mündliche Unterhandlung statt. Die Unternehmer waren geneigt, die „besseren“ Gesellen mit 32 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu bezahlen. Dieses Angebot wurde jedoch abgelehnt. Ende Februar forderten sich die Zimmermeister ab und führten eine Einigung mit ihren Leuten herbei. Es wurde für Stadtarbeit 33 $\frac{1}{2}$ und für Landarbeit 35 $\frac{1}{2}$ bei zehnstündiger Arbeitszeit festgelegt. Es wurde nun beschlossen, die Unternehmer aufzufordern, eine nochmalige Unterhandlung einzuberufen. Sollte dagegen schon beschlossen sein, dieselben Zugeständnisse wie die Zimmermeister zu machen, Nachricht zu senden, damit ein Beschluß herbeigeführt werden könne. Eine Antwort ging nicht ein. Es mußte deshalb am 9. März die Kündigung eingereicht werden. Ein Unternehmer hat sich nun bereit erklärt, dasselbe zu gewähren wie den Zimmerleuten. Der Innungsmeister, welcher die meisten Kollegen beschäftigt, und auch mit Arbeit reichlich versehen ist, hatte es nicht für notwendig befunden, dies Zugeständnis zu machen. Es ging nicht einmal die erbetene Nachricht ein. Am Sonntag, den 23. März, fand nun eine außerordentliche Mitglieder-versammlung statt mit der Tagesordnung: „Unsere Lohnfrage“. Nach einem einleitenden Referat des Gewerkschaften, Kollegen Mühl-Kübe, wurde einstimmig beschlossen, den Kampf mit dem Innungsmeister aufzunehmen und die Arbeit einzustellen. Die Konjunktur ist eine sehr günstige. Die Organisation am Orte hat auch in der letzten Zeit bedeutend an Festigkeit gewonnen. Zu unterstützen sind circa 30 Kollegen mit 55 Kindern. Voraussichtlich befindet sich Herr Korff bald eines Besseren und sucht eine Verständigung mit seinen Leuten herbeizuführen. Der Zug nach Laage ist unbedingt fernzuhalten.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Konferenz in Braunschweig.

Die Zweigvereine:

a) im Herzogthum Braunschweig (ohne die Kreise Blankenburg, Holzminden und Calverde);

b) in den Kreisen: Gifhorn, Goslar und Peine werden hiermit zu Sonntag, den 13. April, Vormittags 10½ Uhr, nach Braunschweig, Gewerkschaftshaus, Werder 32, zu einer Konferenz eingeladen.

Tagesordnung: 1. Bildung des Gau-Braunschweig.

Referent: Th. Bönelburg. 2. Agitation im Gau.

3. Verschiedenes.

Die in Frage kommenden Zweigvereine: Braunschweig, Helmstedt, Schöningen, Wolfenbüttel, Königslutter, Gifhorn, Goslar, Osterwie, Peine, Salzhausen und Schöppenstedt, werden ersucht, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und mindestens einen Delegierten zu entsenden.

Die durch die Delegation entstehenden Unkosten haben die Zweigvereine selbst zu decken.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Th. Bönelburg.

In Achim bei Bremen fand am 22. März eine öffentliche Maurerversammlung statt. In derselben erstattete die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Da unter den Letzteren eine große Uneinigkeit herrscht, so war es der Kommission nicht möglich, mit denselben in einer Sitzung mündlich zu verhandeln. Die Kommission verhandelte demnach mit jedem Unternehmer einzeln und erzielte eine Verbesserung des Lohnes um 8 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Für sämtliche anderen Forderungen haben die Unternehmer augenblicklich nicht zu geben. Da die Arbeitsangelegenheiten auch in Achim nicht gerade die glänzendsten sind, so empfahl die Lohnkommission die Annahme des von den Unternehmern gestellten Angebotes und die anderen Forderungen bis auf unbestimmte Zeit zu versetzen. Nach lebhafter Debatte wurden die gestellten Anträge, betreffend das Angebot der Unternehmer und Vertragung der anderen Forderungen, einstimmig angenommen. Hierauf ermahnte Kollege Franz Wolke-Bremen die besammelten Kollegen, thätigst für die Organisation einzutreten, denn die Einreichung des Tarifs habe bewiesen, daß auch in Achim nur durch gutes, festes Zusammenhalten eine bessere Existenz für die Kollegen erzielt werden kann. Ebenfalls fordert derselbe die Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß auf den Bauten wenigstens die politischen Vorschriften eingehalten werden, da er auf einem Rundgang in Achim noch zahlreiche Mißstände vorfand. Die beiden nachstehenden Nachweise konnten eine treffliche Leere aus den Ausführungen des Kollegen Wolke ziehen, da einer derselben augenblicklich selbst Bauherr ist.

In Mittelnburg fand am Dienstag, den 18. März, die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, in der Kollege Jacobs Leipzig einen interessanten Vortrag hielt über Lohnlauf und Minimallohn. Zunächst schildert er die Arbeits- und Lohnverhältnisse in England und Belgien und wies darauf hin, daß die Baubehörden in diesen Ländern die Unternehmer verpflichteten, den Arbeitern den Lohn zu zahlen, der von den Gewerkschaften als Mindestlohn bezeichnet wird. „In Deutschland“ sei man allerdings noch nicht so weit. Hier stellen die Behörden sich bei den Arbeits-einstellungen oder Sperren gewöhnlich auf die Seite der Unternehmer und machen den Arbeitern den Kampf schwer. Es sei daher Pflicht der organisierten Arbeiter, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß ähnliche Zustände geschaffen werden, wie sie in England und Belgien schon so lange bestehen. Einen Minimallohn hätten übrigens die Arbeiter noch lange nicht erreicht, denn was heute der Arbeiter an Lohn erhalte, reiche bei Weitem nicht aus, um davon menschenwürdig leben zu können. Um einen Minimallohn zu erreichen, mit dem man alle zum Leben notwendigen Ausgaben befriedigen könne, bedürfte es noch langer und heftiger Kämpfe. Die Kollegen müßten deshalb rathen zueinander halten, besonders aber in weniger guten Zeiten, damit sie in besseren Zeiten um so nachdrücklicher für ihr Recht eintreten können. Dem Referenten wurde für seine trefflichen Ausführungen reicher Beifall zu Theil. Hierfür theilte der Vorsitzende mit, daß die Unternehmer, entsprechend den Forderungen der Gesellen, sich bereit erklärt hätten, einen Lohnaufschlag von 2 Bfg. pro Stunde und die 1½ stündige Mittagspause zu bewilligen, wenn die Gesellen sich zu einer

trägt, wofür aber Zahlung nicht geleistet wird; der humane Arbeitgeber bringt im Gegenteil die harte Stunde, die Samstag früher gearbeitet wurde, noch in Abzug. An einem anderen öffentlichen Bau sieht es noch viel schlimmer aus; dort sind die Maurerarbeiten von dem betreffenden Unternehmer an drei Stellen (Giebel, Kamin, Pfeiler) in Auftrag gegeben. Diese Bauunternehmer treiben nun ihre eigenen Verhältnisse derart an, daß sich dort ein vernünftiger oder organisierter Arbeiter überhaupt nicht halten kann. In der Stadt-Schule werden die Leute nicht nur von den Meistern durch Schreien und Inbrüllen diskuliert, sondern auch von dem Ratler Precht. Kommen die Arbeiter früh zehn oder fünf Minuten vor Beginn der Arbeitszeit und der Ratler hat den Ragen des Einen oder Anderen schon verlesen, so darf keiner mehr anfangen zu arbeiten, trotzdem befindet sich noch fünf Minuten bis zu Beginn der Arbeitszeit vorhanden sind. In diesem Falle ist nun der Ratler eine Zeit fest, bis wann der Schmutz die Arbeit aufnehmen kann, und da kommt es vielfach vor, daß Arbeiter halbe Tage warten müssen, ganz darnach, wie sie bei dem Herrn beliebt sind. Ein fälschlicher Bau wurde auch mit in die Reihe der mißgünstigen gegeben und dies in der Theaterneubau. Dort steht am 10. März des Monats Februar vor, daß die Maurer eine Woche aussetzen mußten und die Steinbauer durften arbeiten, weil es für die Erzieher zu kalt gewesen sein soll; eine andere Woche war es für die Steinbauer zu kalt und die Maurer durften arbeiten. Dies Alles geschieht, um die Arbeiter geüßiger zu machen. Während dieser Vorgänge soll der erste Bürgermeister angefragt haben, ob der Bau im vollen Betriebe sei. Was ihm für eine Antwort zu Teil wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Fragt Einer auf diesem Bau um Arbeit nach, so muß er unter Umständen zwei bis drei Stunden warten, bis die drei Herren Unternehmer, die den Bau ausführen, beisammen sind, um sich dann vom Fuß bis zum Kopf mustern zu lassen, worauf ihm dann noch manchmal eine abschlägige Antwort zu Teil wird. Die Veranschlagung der Arbeiter soll von einem der Unternehmer von einem gegenüberliegenden Hause mittels Fernrohr ausgeführt werden. Es soll auch in letzter Zeit vorgekommen sein, daß Rübnerger Maurer entlassen und billiger Arbeiter dafür eingestellt wurden. In Anbetracht dieser angeführten Mißstände muß es im Interesse eines jeden, Maurers und Steinbauers liegen, sich zu organisieren, damit wir dann in der Lage sind, alle bestehenden Mißstände beseitigen zu können.

Aus Oberhau wird uns geschrieben: Einen neuen Beweis dafür, daß die aufstrebende Arbeiterbewegung den herrschenden Klassen und ihren Anhängern ein Dorn im Auge und daß zur Unterhaltung derselben kein Mittel zu scharf ist, wurde uns hier geliefert. Am Sonntag, den 16. März, sollte hier eine Versammlung abgehalten werden zwecks Gründung eines Zweigvereins. Als Referent war Kollege Junglaufs aus Rassel erschienen. Leider hatte nun der mit der Anmeldung der Versammlung beauftragte Kollege die Zeit der Versammlungsbeginn nicht genau angegeben, weshalb der Herr Bürgermeister die Versammlung nicht „genehmigt“. Als Kollege Junglaufs bei seiner Ankunft dies hörte, erklärte er, dann würden in einer Privat-Besprechung die nötigen Schritte herabfallen werden. Doch wir hatten die Rechnung ohne die Polizei gemacht. Als Kollege Junglaufs und etwa 10 bis 15 Kollegen in das Lokal kamen, waren auch schon drei Gendarmen da, später erschienen noch der Direktor und der Bürgermeister. Die Kollegen setzten sich an einen Tisch der Gasthause und erzählten sich nun von der Organisation der Maurer. Während tral ein Gendarm an Junglaufs heran und erklärte: „Weil die Versammlung nicht richtig angeordnet ist, löse ich sie auf.“ Kollege Junglaufs erklärte dem Beamten gegenüber, daß keine Versammlung stattfinden und deshalb auch keine aufgelöst werden können. Da die Kollegen weitere Unterhaltung pflegen, erneuerte der Gendarm die Aufforderung. Kollege Junglaufs trat dem Beamten scharf entgegen und bedeutete ihm, daß er gar kein Recht habe, den Gästen Vorschriften darüber zu machen, was sie als Unterhaltungssystem zu wählen hätten. Wenn andere Leute am Bierstisch von Landwirtschaft und Viehzucht reden dürften, hätten die Maurer auch ein Recht, über ihre gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu unterhalten. Als die Herren nun sahen, daß sie auf diesem Wege nichts ausrichten konnten, veranlaßten sie die Wächter, den Maurern ihr Lokal zu verbieten. Die diskreditierten Kollegen zogen nun die Straßen auf und ab, immer begleitet von den drei Hühnern des Gefolges, welche scharf zuhoben, daß kein der Kollegen ein Haar gekrümmt wurde. Da die Kollegen sahen, daß es auf preußisch-befehligen Boden nicht möglich war, über Verbandsangelegenheiten zu sprechen, wandten sie sich nach dem 1/4 Stunde weiter im Großherzogtum Weimar liegenden Gerstungen und berieten dort in einer Wirtschaft die nächsten Schritte zur Gründung eines Zweigvereins. Der Kollege A. Kerner aus Eisenach wurde beauftragt, Statuten und Verbandsmaterial zu beschaffen. Man sieht aus diesem Vorgange, daß die Ortsgewaltigen jeden freien Hauch, der sich in ihrem Orte regt, zu ersticken versuchen. Ob es ihnen aber gelingen wird? Dem Gesinde nach zu urteilen, der unter den dortigen Kollegen herrscht, werden sie keinen Erfolg haben und der Zweigverein wird gegründet werden trotz alledem.

Aus Wofen wird uns geschrieben: Die Behandlung, die oftmals die Arbeiter seitens der Ratler zu erdulden haben, spottet jeder Beschreibung. Das Material und die Gerätschaften erfreuen sich einer liebevollsten Wahrung, als die lebenden Menschen. Dies beweist auch ein Vorgang an dem Bau der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek, Unternehmer Regent. Ein Maurer war mit Gipsklebenputzen beschäftigt. Zu diesem Zwecke mußte er sich eines der hinter hohen Bodengestellen befinden. Dieser wurde durch angestellte Bretter hergeleitet. Als nun auf diesem Gerüst biente eine sechs Meter lange Leiter. Als nun ein Arbeiter den etwa einen Zentner schweren Mörtelkasten auf das Gerüst trug, rutschte die Leiter aus und der Arbeiter sammt dem Kasten stürzte herunter. Der Arbeiter blieb glücklicherweise unverletzt, doch der Kasten ging in Trümmer und das war ein großes Unglück. Mit der Wuth bedenkender Stimme brüllte der Ratler den Gesellen an, weshalb er den Kasten geschlagen habe, worauf der Geselle an ihn die Gegenfrage richtete, ob es besser gewesen sei, der Kasten wäre heil geblieben und der Arbeiter hätte sich die Knochen zerhackt. Die Folge war, daß der Geselle am Samstag entlassen wurde.

Der Zweigverein Stettin hielt am 16. März eine ziemlich gut besuchte Versammlung im Vereinslokal ab, in welcher

Kollege Bunde über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in längeren Ausführungen referierte, da die Unternehmer in Rassel sich weigern, trotz einer ziemlich guten Baukonjunktur am Orte sowie in der Umgegend, einen Vertrag abzuschließen, wurde nach längerer Beratung beschlossen, den Unternehmern ein Exemplar des von der Lohnkommission aufgestellten Lohnkatalogs zuzuschicken. Kollege Bunde ermahnte in seinem Schlusswort die Kollegen zum festen Zusammenstehen und zu reger Tätigkeit für den Ausbau der Organisation.

Einen recht feinen Eindruck hatten die Unternehmer in Stettin, um dem verhassten Zweigverein des Maurerverbandes das Lebenslicht auszublauen. Bekanntlich bestand hier neben dem Zweigverein seit anderthalb Jahren noch ein Klub, genannt „Humanität“, der den Zweck verfolgte, den Aktionen des Verbandes in jeder Beziehung entgegen zu arbeiten. Dieses mit Hilfe der Unternehmer zur Welt gebrachte Kind erkrankte jedoch bald nach seiner Geburt. Als es nun seinem Ende entgegen ging, setzten die Verbandsmittelglieder alle Hebel in Bewegung, um die „Humanitätsbrüder“ wieder dem Verbande zuzuführen. Zu diesem Zweck begaben sich zwei Verbandsmittelglieder in die Schlossverwallung der „Humanität“, welche am 9. März stattfand, sie wurden aber an die Luft gesetzt. Am anderen Tage ließ jedoch beim Vorstand des Zweigvereins ein Schreiben ein, in welchem der Führer der „Humanen“ erklärte, daß der Klub gewillt sei, dem Verbande wieder beizutreten, wenn der Zweigverein die von dem Klub geforderten Bedingungen anerkenne. Der Zweigverein lehnte unter diesen Bedingungen die Wiederaufnahme der „feindlichen Brüder“ ab. Inzwischen hat sich nun unter Führung des bisherigen Vorsitzenden des „humanen Klubs“ und unter Protektion des Unternehmers Wälding ein neuer Lokalarbeitsklub gebildet. Dieses neueste Produkt innumunternehmerlicher Gründungsstube scheint recht kompulslos zu sein. Der Vorstand dieses Vereins von Unternehmern Gnaden hat nämlich an den Zweigvereinsvorstand ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Vorfälle des neuen Vereins preist und zum Eintritt in denselben auffordert. Die Vorfälle sollen darin bestehen, daß die Beiträge niedrig sind und das Geld am Orte bleibt. Will der Zweigverein von diesen Wohlthaten keinen Gebrauch machen, dann wird ihn der volle Lohn des Lokalarbeitsklub treffen. Er brockt nämlich damit, daß seine Mitglieder (15 gegen 40 Verbandsmitglieder) nicht mit den Verbandsleuten zusammen auf einen Bau arbeiten würden. Der Zweigverein hat diese „Forderung“ einer Antwort nicht gewürdigt, sondern ist vielmehr gegen den Protektor dieses Vereins sofort aggressiv vorgegangen. Seit langer Zeit wurde schon von den übrigen Unternehmern darüber gesagt, daß Wälding, der die niedrigen Löhne zahlt, und sich überhaupt an den vereinbarten Tarif nicht hält, ihnen durch seine billigen Angebote alle Arbeiten vor der Nase wegnappt; wenn Wälding nicht gehalten würde, ebenfalls den vereinbarten Lohn zu zahlen, dann müßten sie ebenfalls Lohnabzüge machen. Die Mitglieder-versammlung am 16. März beschloß den auch, über Wälding die Sperre zu verhängen. Die Verbandsmittelglieder, die bei Wälding die Arbeit einstellen, sind von den übrigen Unternehmern in Arbeit genommen worden. Bei Wälding sind nur noch die Mitglieder des Lokalarbeitsklub in Arbeit, zu denen sich ein Streikbrecher aus Buxtehude zugesellt hat, und ein anderer ist noch abisirt worden. Mögen sie Alle miteinander glücklich werden!

Am 19. März tagte eine außerordentliche Versammlung des Zweigvereins Stettin im Lokale des Herrn Wurms. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Das Urteil des Reichsausschusses über die Solidarität der Maurerorganisation in Stettin referierte Kollege Marks. Redner besprach den Bericht des Reichsausschusses, in welchem es heißt, daß die Führer der Maurer in einer Sitzung für den Anschluß waren, der Anschluß aber in der Versammlung, welche nach dieser Sitzung stattfand, wider Erwarten bestritten wurde. Weiter heißt es dann: „Die weil die Maurer den anderen Gewerkschaften vorausseilen, sieht man, daß sie im Stande sind, im Januar einen Streik zu inszenieren, der naturgemäß schon nach 14 Tagen kärglich in's Wasser fiel. Das ist eine der größten Organisationen am Orte, die auf dem Standpunkt der Solidarität und der modernen Arbeiterbewegung steht. Werden die hiesigen Maurer nicht auch bald einsehen, daß man die Solidarität nicht nur im Munde führen muß, sondern sie auch in die That umzusetzen hat? Freilich, zwischen Theorie und Praxis ist meist ein großer Unterschied.“ Hieraus ist also zu ersehen, daß der Ausschuss des Reichsausschusses nicht für eine friedliche Einigung wird, sondern die Organisation der Maurer in einer geschäftigen Weise angreift, denn wenn die Maurer einen Streik inszenieren, so müssen sie es besser wissen, als der Reichsausschuss, oder sollten die Maurer erst beim Streik anfragen, ob sie streiken dürfen? Wie weit die Solidarität der Stettiner Maurer geht, ist zu sehen an den nachfolgenden Summen, welche die Maurer geleistet haben, ohne dem Reichsausschuss anzugehen. Es wurden herausgegeben im Jahre 1895 an die Stettiner Schneider M. 125, 1896 für die Hamburger Hafenarbeiter M. 150, 1897 M. 50 für die Tischler und M. 495 für den Stöber'schen Streik, 1899 M. 100 für die Dresdener Berufseilen und M. 1000 für die bänischen Ausgesperrten, im Jahre 1900 M. 150 für den Bahndirektor Randow-Greifenhagen, M. 150 für den Bahndirektor Stettin, M. 20 für die Beschäftigten des Reichsausschusses und M. 75,50 zur Bahngalation, 1901 M. 100 an den Bahndirektor Stettin, sowie M. 100 an den Bahndirektor Randow-Greifenhagen, M. 200 für die Glasarbeiter und M. 21,20 Unterführung an andere Berufe im Summa M. 2768,75. Das ist also ein hübsches Stämmchen, womit die Stettiner Maurer ihre Solidarität bis jetzt beweisen haben; wir wollen hoffen, daß uns in der Sache kein Vorwurf vom Reichsausschuss mehr gemacht wird. Als Delegierte für die Baukonferenz wurden die Kollegen Edmünd, Petersdorf und Korkh gewählt. In „Verhandlungen“ wurden die Kollegen Wagner und Herzfeld, welche erschienen waren; um sich in den Verband aufnehmen zu lassen, abgewiesen mit der Begründung, daß sie sich ein Jahr der Organisation gegenüber treu zu führen und nicht wieder so weiter zu arbeiten haben wie bisher, nämlich erstens unterm Lohn und zweitens täglich 16-18 Stunden. Dann wurde noch das Verhalten des Kollegen Kaiser auf dem Bau Krüger scharf gerügt, welcher sich gegen die Kollegen auf dem Bau in einer groben Weise verhalten hat, indem er einen Kollegen, welcher sein Recht bei der Organisation suchte, geschlagen und somit gegen das Verbandsinteresse verstoßen hat. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten wurde die schwache Besuche-Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Stettin hielt am 17. März eine Mitglieder-versammlung ab. Leider waren, wie man es in der letzten Zeit auch gornicht mehr anders gewohnt ist, von 70 Mitgliedern nur 14 erschienen. Wenn das so weiter geht, dann wird die

jetzt schon ebenfalls geloderte Organisation vollends in die Brüche gehen. Zunächst erstattete Kollege Roth Bericht von der Konferenz in Berlin. Die Mitglieder erklärten sich mit den gefassten Beschlüssen einverstanden und stellten dem Delegierten für seine erste Berichterstattung ihren Dank ab. Auch einigen ungewöhnlichen Forderungen wurde beschloffen, die regelmäßigen Mitgliederzusammenkünfte jeden Dienstag stattfinden zu lassen.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Wie überall in Deutschland, mußten auch unsere Weimarer Kollegen durch die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, erst zur nötigen Einsicht gezwungen werden, welchen Werth eigentlich die Organisation besitzt. Wenn auch von verschiedenen Kollegen schon im Vorjahre versucht worden war, einen Zweigverein des Verbandes zu errichten, so wurde diesen Anstrengungen immer keine Bedeutung beigegeben und es blieb beim Alten. Schließlich, ohne daß es Jemand gahnt, ist die Situation vollständig geklärt. Was alle Agitation, alle Aufklärungsarbeit nicht fertig gebracht, haben die Bauunternehmer in Weimar, diese unerschütterlichen Bundesgenossen der Arbeiterbewegung, an einem einzigen Lohnabzüge fertig gebracht. Die Macht der realen That-sachen, die hier in einer Lohnföhrung von 3 Pfennigen die Stunde zum Ausdruck kam, hat selbst den unvorsichtigen Kollegen in Weimar die Bedeutung und Nothwendigkeit der Organisation vor Augen geführt. Aus eigenem Antrieb kamen sie zusammen, um zu beraten, was geschehen sollte. Und was war der Erfolg dieser Beratung? Ein Beschluß, sich zu organisieren, um der rückstößigen Ausbeutung der Unternehmer ein Ziel zu setzen und die erstlente Lohnföhrung bald wieder wett zu machen. Aber nicht die Lohnföhrung allein war die Ursache pößlicher Erkenntnis der Organisationsnothwendigkeit, sondern schlechte Behandlung, unmensliche Ausbeutung, vollständige ungenügender Schutz für Leben und Gesundheit usw. hatten längst das Maß voll gemacht; die Lohnföhrung selbst brachte die Empörung über die unmwürdigen Verhältnisse bis zum Meutereien und trieb die Kollegen der Organisation in die Arme. Ein Spaziergang durch die Stadt, an den verschiedenen Neubauten vorbei, zeigte, wie wenig menschliche Rücksicht waltet. Der Gerübbau befindet sich im traurigsten Zustand; die nothwendigsten Schutzvorrichtungen fehlen vollständig. Die Baubuden, wenn überhaupt solche vorhanden, genügen kaum als Aufbewahrungsort für Material, noch viel weniger sind sie als Aufenthaltsort für Menschen geeignet. Fenster, Fußböden, Tische, Bänke usw. sind nach den Begriffen der Weimarer Unternehmung Luxus-einrichtungen, die nicht für Arbeiter paßend sind. Anstatt der sonst in jeder menschlichen Wohnung nöthigen Fenster läßt man einfach einige Bretter setzen, und das nothwendige Tageslicht kam herein, wodurch aber gleichzeitig die Baubuden zu Brutstätten für Rheumalismus und Lungenerkrankungen werden. In Weimar zeigt sich noch so recht, wie weit es die Unternehmer treiben, wenn die Arbeiter immer gebührend. Am 22. März fand wiederum eine Versammlung im „Adminalen Kaiser“ in Weimar statt, in der Kollege Hiltmann aus Frankfurt a. M. den 30. 80 erschienenen Kollegen die Nothwendigkeit der Organisation klar legte. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den Ausführungen einverstanden und sprach den Wunsch aus, daß ein Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer-Steinbau-Lands gegründet werde. Zum Beirath erklärten sich 50 Kollegen bereit. Den Kollegen von Weimar und Umgegend sei bei dieser Gelegenheit gegerufen: Seid einig und bestraft recht zahlreich die nächste Versammlung, wo endgültig die Gründung des Zweigvereins erfolgt.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschuß, Submissionen etc.

Altenburg. Am Dienstag, den 18. März, früh in der achten Stunde, brach an dem Neubau des Unternehmers Reichsmar das Gerüst zusammen, wobei vier Maurer aus dem vierten Stockwerk in die Tiefe stürzten. Der unheimlichste Mitleid kam mit dem bloßen Schreck davon, während die anderen Drei schwer verletzt vom Blöße getragen werden mußten. In Kollegenkreisen war es schon lange bekannt, daß bei Reichsmar die Gerüste nicht die besten waren. Als aber die Bauarbeiterkommission vorstellte wurde und darauf hinwies, daß die Auftrichter zu schwach seien und zu weit auseinander ständen, erklärte Herr Reichsmar als Bauleiter: „Das nächste Mal nehme ich eine noch schwächere Sorte, wer soll denn die Stützen aufrichten?“ So nun ist jetzt schon diese Sorte genommen, hat, entzieht sich unserer Kenntnis. In den bürgerlichen Wäutern liest man, das Unglück wäre durch rucklose Hand herbeigeführt. Es war kurz vorher einigen Maurern gekündigt worden und dadurch soll jeder Verdacht entstanden sein. Man sieht also, das Märchen, die Maurer fallen infolge Trunkucht vom Gerüst, hilft nicht mehr, daher greift man zu anderen Mitteln, die geeignet sind, die Maurer zu beschwichtigen. Es war nur ein Zufall, daß die Maurer, welchen gekündigt war, nicht mit auf dem Gerüst waren, und dadurch ist die Vermuthung, soweit sie sich auf die Kollegen beziehen soll, ganz hinfällig. Denn daran wird kein Mensch glauben, daß die Maurer aus Niederträchtigkeit die Gerüste zum Einsturz bringen, um mit herabstürzen zu können. Oder sollte Herr R., der vor einem Jahr noch als Geselle arbeitete, herabsteigende Gedanken hat? Was ich denk und ich traue ich Anderen zu. Wir sind aber der Meinung: das Unglück ist nur durch Leichtsinnigkeit und Gemeinlosigkeit herbeigeführt worden.

Berlin. Am Dienstag, den 18. März, stürzte der Zimmergeselle Fritz Stuhl aus Sargbad, welcher im Betriebe des Maurer- und Zimmermeisters A. Dreier-Sargbad beschäftigt war, auf dem Neubau des Hofbesizers Brüllmann in Sargbad beim Anbringen von Zierbleiten 16 Meter ab, was den sofortigen Tod des Stuhl zur Folge hatte. Das Gerüst bestand aus einem sogenannten „Schred“, das aus einigen Brettern zusammengeklappt, am Brandposten befestigt war. Durch das Abprallen des Verunglückten liegen die Nägel nach und nach Unlück geschah, als Stuhl das Gerüst betrat.

Berlin. Ein großes Baumunglück ereignete sich am Montag, 24. März, Nachmittags nach 4 Uhr, auf dem Bau Stollbetrage, nahe der Schönhauser Allee. Der Bau wird ausgeführt von der Firma Dechant. Hier waren zur Zeit drei Arbeiter, zwei Stukkatoren und ein Klempner bei der letzten Etage an der Fassade beschäftigt. Ueber dem Hauptgesims erhob sich ein sogenannter Treppenaufgang in der Höhe von circa 60 bis 80 Zentimeter und in einer Breite von circa 9 Meter. Die obere

Proffausladung dieses Gefinnes hatte eine Stärke von circa 25 Zentimeter, während die Grundmauer in dieser Höhe ebenfalls nur 25 Zentimeter stark war. Während bei solcher Ausladung eine sehr vortheilhafte Verankerung am Mauerwerk, hat man hier, wie es den Anschein gewinnt, auf die Verankerung nicht den genügenden Werth gelegt. Weßhalb ist, daß solche Ausladungen mindestens in der Tiefe eines Meßers mit vertikalen Balken und Platten in dem unteren Mauerwerk befestigt werden. Das obere Gefinns war fertig gegossen und zur Verankerung sollte die Verankerung auf jeder Seite eine gewisse Distanz aufgewiesen werden; beide mögen annähernd je zwei Zentner gewogen haben; die Balken waren im strengen 35 Zentimeter stark und belasteten augenscheinlich die Ausladung noch mit 8 Zentner. Beim Transport dieser Krönung aus der Dachkante wird es vorgekommen sein, daß die Stützfutturen auf die Ausladung des Hauptgefinales getreten sind und so den Abbruch des gesamten Gefinns bewirkt haben. Die abstruzen Mauermaße durchdringen die Mauer, die darauf Arbeitenden unter sich begraben. Dem Bürger Wilhelm Wierke, der ein Teil des Gefinns vor die Brust; er wurde beim Abbruch an einem Balken hängen geblieben, der Tod trat auf der Stelle ein. Wierke hinterläßt eine Witwe und fünf unermöglichte Kinder. Der Bürger Friedrich Steinte erlitt schwere Verletzungen an beiden Beinen sowie am Fuß und am Rücken, so daß er mit den zwei Stützfutturen, welche ebenfalls schwere innere Verletzungen erlitten haben, erst nach der Unfallstation und von da nach dem Krankenhaus transportiert werden mußte. Der mitwirkende Klempner soll mit leichten Verletzungen an den Händen davon gekommen sein. Zum Glück stießen die Gefinnsmaße von der durchschlagenden letzten Krönung auf den vordringenden Balken, dessen Decke dieser Last Widerstand hielt. Wäre dieses nicht der Fall gewesen, so wäre jedenfalls die darunter befindliche Krönung durchgeschlagen worden. Sider wären dann alle herabstürzenden Arbeiter bis zur Erde gestürzt, wobei ebenfalls Feiner mit dem Leben davongekommen wäre, abgesehen davon, daß unter arbeitende Leute sowie Straßenpassanten arg hätten verletzt werden können. Dies große Baumunglück beweist dem Neuen, wie sehr eine gute Kontrolle durch die Behörden sowie strenge Maßregeln über die Ausführung der Mauerarbeiten am Platze sind. Wäre die Verankerung des Gefinns mit der Grundmauer vorhanden gewesen, so hätte ein derartiges Unglück nicht vorkommen können. Nach dem Unfall hat die Polizei- Behörde die Unfallstelle in weitem Umfange durch Aufstellung von Geländern auf der Straße abgesperrt. Der Brunnen wird zugedacht, wenn das Kind hineingefallen ist.

*** Baugiger Bau, „Klinker“ vor Gericht.** Der Unternehmer Franz Groß hatte von dem Architekten Marks die Ausführung eines Hauses übernommen. Im September 1900 begann der Bau. Marks hatte auf den Bauplatz zur ständigen Überwachung einen seiner Angestellten, den Bauausführer Ernst Schulz, geschickt, und Groß hatte dem Maurermeister August Stoschowitz seinerseits die ganze Ausführung übertragen. Der Bau schritt vorwärts, man hatte bereits Mischel geleistet, als am 29. November sich eine ganze Giebelwand mit dem daran befindlichen Erker löste und nach außen überstürzte. Glücklicherweise waren auf der Seite des Neubaus keine Leute beschäftigt, nur ein Zimmermann erlitt eine leichte Verletzung. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab nur einige grobe Verstöße gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst. Die zwei Pfeiler, welche den Giebel tragen sollten, waren schon da zu viel belastet, als sie noch nicht einmal die ganze Schwere zu tragen hatten. Die Pfeiler waren aber doch noch — für die am Tage des Unglücks vorhandene Last — ausreichend stark gewesen, wenn der verbindende Mischel guter Zementmörtel gewesen wäre. Wie die chemische Untersuchung ergab, war das Mischungsverhältnis zwischen Sand und Sand 1:7, anstatt wie vorgeschrieben 1:3, also war der ganze Mischel ein sehr schlechtes Gemisch von minderwertigem Sand mit einem Kalk, in welchem sich noch Stücke ungebrannten Kalkes befanden. Freier fand man, daß die drei auf den Pfeilern ruhenden Träger zu schwach waren. Auch waren die Pfeiler nicht, wie in der Zeichnung angegeben, 30 Zentimeter breit, sondern nur 60 Zentimeter breit gebaut. In der Verhandlung kam noch zur Kenntnis, daß bereits gebaut wurde, daß ein schriftlicher Bauvertrag existiert war. Die Bauunternehmer wurden erst am 11. Dezember genehmigt, also zu einer Zeit, zu welcher der Entwurf schon erfolgt war. Der Maurermeister hat mehrere Male sowohl Groß wie Schulz gegenüber seinen Befürchtungen, daß die Pfeiler zu schwach seien, Ausdruck gegeben. Doch erfolgte daraufhin nichts. Das Gericht nahm bei allen der Angeklagten an, daß sie sich gegen die Bauverträge vergangen haben, und verurteilte Groß, Schulz und Marks zu je 10.000 Geldstrafe oder, falls Zagen Gefängnis, Aufwands zu je 10.000 Geldstrafe oder, falls Zagen Gefängnis.

*** Mauerbau, „Klinker“.** In Neubrandenburg am Sonntag im Neubau des Bauunternehmens F. H. H. am Kleinendamm hat das ganze Treppenhaus eingestürzt. Zur Aufführung der Mauer waren Luftkamine benutzt worden. Diese sind bei dem feuchten Wetter aufgeweicht und konnten nur bei dem feuchten Wetter aufgetragen werden. Wäre der Entwurf nicht am Sonntag erfolgt, unabweisbares Unglück hätte dadurch entstehen können. Es ist dies in jeder Zeit der zweite Neubau, welcher eingestürzt ist.

*** Zum Submissionswesen.** Bei der Verdingung von Dachkonstruktionen für den Neubau der Technischen Hochschule in Danzig von etwa 224 t war von 21 Angeboten das niedrigste von Gustav Allet in Königsberg mit M. 76.937 eingereicht worden. Die zweitniedrigste Offerte war die der Vereinigten Königs- und Bauhallen mit M. 81.402. Die Gutbefundungsschritte-Überhaupten forderte M. 102.576. Der Zuschlag ist noch nicht erfolgt.

Aus anderen Berufen.

*** Die Stützfutturen Dredens** haben in einer von 120 Kollegen beschlossenen Versammlung am 28. März beschlossen, dort, wo der Tarif nicht unterschrieben wird, am 1. April die Arbeit niederzulegen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Aus dem Reichsversicherungsamt.** Der Dachbedeckungsleiter hat sich mit dem Reingewinn eines Brauereischornsteins durch einen Schrottschlag verlegt, der er nach gewohnter Art in den Schornstein senden wollte, bevor er an das Aus-

tragen ging. Er verlangte später von der Brauerei-Verufsgenossenschaft eine Unfallrente, wurde aber mit der Verdingung abgewiesen, daß er kein bei ihr versicherungspflichtiger Arbeiter, sondern ein selbstständiger Unternehmer sei. Er betriebe selbstständig das Gewerbe des Reingewinns von Schornsteinen und Schornsteinen. Er arbeite zwar selber mit, beschäftige aber auch mehrere Arbeiter, die er entlohne. Der Unfall sei seinem eigenen Betriebe zuzurechnen, nicht dem der Brauerei. Das Schiedsgericht wies die Verurteilung ab. Das Reichsversicherungsamt gab jedoch seinem Reurte statt und verurteilte die Brauerei-Verufsgenossenschaft zur Rentengewährung. Das Reurtegericht führte aus: Er könne nach seinen ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht als selbstständiger Gewerbetreibender angesehen werden, wenn er auch bald hier, bald da die Reinigung von Schornsteinen und -Röhren selbstständig übernehme. Er müsse als Arbeiter jedes einzelnen Fabrikbesitzers gelten, mit dem er in geschäftliche Verbindung trete. Sämtliche seinen Hilfskräften sei es jedesmal dem Betriebe der betreffenden Unternehmer zuzurechnen, wo er gerade Reinigungsarbeiten vornehme, im vorliegenden Falle also dem bei der Verlegung beschäftigten Brauereibetriebe.

Der Maurer Klein, der sich bei einer Arbeit im Brauereibetriebe den linken Arm gebrochen hatte, bezog zuletzt von der Brauerei-Verufsgenossenschaft eine Unfallrente von 25 pSt. Diese wurde ihm gänzlich entzogen, nachdem ein Sanitätsratsherrschheim folgenden Gutachten erstattet hatte: Seine Lage noch über Schmerzen und Schwäche im verletzten Arm, besonders aber über Schmerzen der Bruststelle. Er wolle die alte Strafe nicht wieder erlangen. Inzwischen erweise es sich als glaubhaft, daß noch erhebliche Schmerzen beständen; die Muskeln hätten sich gelähmt, und die Wundheilung sei so wesentlich, daß die Rente eingestellt werden könne. — Er legte nach vorübergehender Besserung beim Reichsversicherungsamt Widerspruch ein. Der Setzungsbeirat der Verufsgenossenschaft berief sich darauf, daß Kläger jetzt sogar etwas mehr verdiene, als vor dem Unfall. Darauf erwiderte Kläger, daß es garnicht darauf ankomme. Er arbeite jetzt wieder als Maurer im Baugewerbe, und da seien die Löhne überhaupt höher als im Brauereibetriebe, wo er zur Zeit des Unfalls beschäftigt gewesen sei. Auch blieb der Kläger dabei, daß er bei der Arbeit noch Schmerzen empfinde. — Das Reichsversicherungsamt wies den Reurte zurück, und der Vorsitzende, Friedensburg, führte begründend aus: Es möge ja sein, daß er noch geringe Beschwerden im Arm habe. Jenseitlos wären sie aber nicht berat, daß sie ihn bei der Arbeit beeinträchtigen. Die Entziehung der Rente sei deshalb berechtigt.

*** Die Eisenbahnfahrpreisergänzungen für Mitglieder von Krankenkassen** im Sinne der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Krankenversicherung der Arbeiter haben vom 1. April d. J. an eine bemerkenswerte Erweiterung erfahren. Der Eisenbahnrat des deutschen Eisenbahnverbandes ist darüber einig geworden, die Bestimmungen hierüber im Teil I des deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarifes aufzunehmen, so daß die verschiedenen Bestimmungen der einzelnen Eisenbahnverwaltungen aufgehoben werden. Der ermäßigte Tarif soll zu § 11 der Verkehrsordnung den Zusatz erhalten, daß die Mitglieder von Krankenkassen, die von diesen in Heilanstalten oder nach Erlösungsstellen (auch Bädern und Kurorten) oder zur ambulatorischen Behandlung in öffentlichen Kliniken oder öffentlichen Krankenhäusern entsandt werden, in der dritten Klasse aller Rüge befördert werden und zwar bei einfacher Fahrt zum halben Personenzugpreis, bei Hin- und Rückfahrt zum halben Mischfahrpreis. Die gleiche Ermäßigung wird im Falle der ärztlich zu bescheinigenden Notwendigkeit eines Begleiters auch dieser genießen. Als Ausweis wird von den Eisenbahnstellen eine Bescheinigung des Krankenverbandes über die Angehörigkeit zur Kasse und über die Entsendung in eine Heilanstalt usw. verlangt. Im Falle der Entsendung zur ambulatorischen Behandlung in einer öffentlichen Klinik oder einem öffentlichen Krankenhaus ist für die Mitnahme einer Bescheinigung der Anstalt über das Erleidende des Kranken beizubringen. — Diese Regelung tritt auch bei mittellosen Personen, die keiner Krankenkasse angehören, ein, wenn sie in eine Heilanstalt usw. reisen und ihre Mittellosigkeit durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörden nachweisen.

Polizei und Gerichte.

*** Das Landgericht in Reuthe** hat den dortigen Arbeitersekretär wiederum zu einer Geldstrafe von 100 verurteilt, trotz der Erklärung des Staatssekretärs Posadowsky, daß die Arbeitersekretäre nicht verpflichtet seien, ihren „Vertrieb“ als Gewerbe anzunehmen. Gegen das Urteil ist die Revision beim Oberlandesgericht eingelegt worden.

Verschiedenes.

Ueber die Auffindung eines alten Grundsteins der Charité schreibt Daurath Mittel im „Zentralblatt der Bauverwaltung“: Bei dem kürzlich erfolgten Abbruch des nordöstlichen Flügels der sogenannten Alten Charité in Berlin wurde der Grundstein des 1785 begonnenen Gebäudes gefunden. In dem aus zwei Teilen zusammengefügten Stein lagen eine 314 Millimeter (gleich 1 Fuß rechnerisch) im Geviert messende, 5 Millimeter starke Bleistift und eine kleinere Kapfel von 150:95 Millimeter Seite und 25 Millimeter Dicke. Die Bleistift enthielt auf einer Seite eingraviert die Inschrift: „Im Jahre MDCCXXXV“ und FRIDERICH II König von Preußen besuchte MDCCX gewöhnlich und MDCCXXVI erweiterte CHARITE-HAUS wieder ganz neu bauen lassen. Unter Aufsicht des Armen Directorii befehligen Mitglieder der legende Abrech Calendar Seite LXI nachweislich. Baumeister war der Ober Bau Inspektor Ungar, im Hospital waren CCCLXXXVIII und im Lazarett COLXXXVI mit ein überhaup Personen MDCCXLIV.“ In der Kapfel befand sich ein Goldstück, sowie mehrere Silber- und Schmelzmünzen aus den letzten Regierungsjahren Friedrichs des Großen. Die gleichfalls der Kapfel anvertraute, in obiger Inschrift erwähnte Seite des Abrechalters war durch den Einfluß der Erbschuldigkeit vermodert, so man die Kapfel nicht verliert hatte.

*** Die römischen Bismar** sind der Meßensfolge nach wie folgt zu lesen: 1785, 1710, 1728, 61, 478, 888, 864.

Die auf der Meßtafel eingravierte Inschrift war in ursprünglicher Schärfe vorzüglich erhalten, während das Metall der Tafel selbst an den Ecken und dem unteren Rande der Schriftstelle Spuren der Einwirkung der Oxidation aufwies. Höchstwahrscheinlich ist der in der Urkunde als Baumeister genannte Oberbaupraktiker Ungar kein Anderer, als der 1743 in Bayreuth geborene bekannte Architekt Georg Christian Ungar, welcher 1768 nach Berlin kam und als Schüler von Gottard vom Jahre 1774 an sowohl in Berlin, als in Potsdam und Sanssouci im Auftrage Friedrichs des Großen eine umfangreiche künstlerische Tätigkeit entfaltete. Von Ungar sind bekanntlich u. a. die Pläne zur künftigen Bibliothek, zu den Vorbergebäuden des Schlosses Monbijou in Berlin, sowie zum Brandenburger Thor in Potsdam entworfen. Unter seiner Leitung erfolgte auch der Wiederaufbau der schönen Täume auf dem Gendarmenmarkt, nachdem diese von Gottard errichteten Bauten unmittelbar nach ihrer Vollendung eingestürzt waren. Von der alten, guten Sitte, in die Grundsteine wichtiger Bauten Urkunden mit kurzen Angaben über die Zeit der Ausführung, sowie über den Baumeister und die am Bau hauptsächlich beteiligten Architekten zu legen, ist man neuerdings, namentlich bei staatlichen Neubauten, leider vielfach abgewichen, trotzdem doch derartige Urkunden in späterer Zeit häufig wertvolle Beiträge zur Kunstgeschichte liefern können.

Eingegangene Schriften.

Die Nr. 7 des „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 14 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Aufsatz an die Italiener! — Der gute Richter und die Arbeitslosigkeit. — Das Jubiläum einer proletarischen Institution. — Wie teuer wird der Vorkriegsarbeit? — Der Achtstundentag in England. — Noch ein Opfer der Polizei. — Arbeiterkampf in Steinbrüchen und Steinsaurerbetrieben. — Das Bagadonbenhüm. (Fetti). — Agitation in der Provinz Udine. — Lohn- und Streikbewegung. — Verschiedenes vom In- und Ausland.

„Die Hütte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend, Heft 1 des ersten Jahrganges, zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Post (Postzeitungsliste 8898 b, 5. Nachtrag).

Das vorliegende 1. Heft bringt nach einer kurzen Einführung den Anfang einer spannenden Erzählung Der Sieg der Schwachen von Melchior Meyr, einem im deutschen Volke noch viel zu wenig gewürdigten Schriftsteller, über dessen Bedeutung und Eigenart eine Redaktionsnotiz erwünschten Aufschluß gibt. Sodann handelt Heinrich Schulz (Magdeburg) über die eigenartige und interessante Frage: Was heißt leben? In die Geheimnisse der Entstehung unserer Mutter Erde führt in leicht verständlicher und anziehender Weise ein Artikel von Curt Grottel ein, der den schönen Titel trägt: Der Boden, auf dem du stehst. Nach einem kleinen Exkurs von Eduard Bräse beginnt Adolf Braun eine weitläufige Abhandlung über das für die proletarische Jugend besonders interessante Thema: Der Böhrling im Wandel der Zeiten. Dieser Aufsatz gleicht gleichsam im Vorhergehen eine sehr dankenswerte Einführung in die Wirtschaftsgeschichte, die zum Verständnis unserer heutigen Volkswirtschaft unbedingt nötig ist. Damit auch Anregungen auf technischem Gebiete nicht fehlen und die Leser über die neuesten Fortschritte darauf unterrichtet werden, hat er eine Beschreibung der vor wenigen Tagen erbauten elektrischen Hoch- und Untergrundbahn in Berlin beigelegt; ihr Verständnis wird durch eine sehr klare und charakteristische Illustration wesentlich erleichtert. Dem Humor soll dann eine „scharfe Geschichte aus Schöten“ zu seinem Rechte verhelfen, die überschrieben ist: Der Spelunker-Berein. Das damit kein Gumbert- oder Spelunker-Berein gemeint ist, werden die Leser der prächtigen Dialektstücke bald inne werden. Zum Schluss kommen eine Reihe politischer Notizen, die durch aus dem Verständnis der Jugend angepaßt sind und die wichtigsten Zeitereignisse in ihren großen Grundlinien betrachten. Auf die wunderbare Kunstbeilage, das neueste Bild unseres Mebel, weist eine ausführliche Notiz hin, die in der Aufzählung an die proletarische Jugend gipfelt, es diesem Manne nachzutun.

Briefkasten.

G. D. 226 482. Leider eine sehr schlechte Aussicht, einen Erfolg zu erzielen. Einen Rechtsweg, das heißt: die Austragung der Sache im Wege eines Prozesses, gibt es nicht. Geregelt ist wohl das Verhältnis der Armenverbände untereinander, auch der Rechtsweg gegen den Armen-Unterstützungs-Empfänger, aber der Rechtsweg der Armen ist nicht geregelt. Es bleibt also nur der Beschwerdeweg offen und zwar an den Landrat. Schon im Gemeinwesen ist selten eine solche Beschwerde von Erfolg, viel schwerer ist es jedoch, wenn sich dieselbe gegen einen Gutsherrn, wie in diesem Falle, richtet. Wir machen den Vorschlag, daß sich die betreffende Frau beschwerdeführend an den Kreisaußschuß wendet, welcher über die Beschwerde endgültig entscheidet.

Dresden, B. Wahrheitslich hat kein Name darunter gestanden.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Am 27. bis 29. März sind zur Berberatung gelangt:

a) An die Zweigvereinsvorstände:

zwei Abrechnungsformulare, eine Aufnahmeform, ein Zweigvereins- und Abrechnungsverzeichnis, ein Verzeichnis der Ausgeschlossenen, zwei Exemplare Anweisung für die Revisionen und ein Zirkular, die Ehrenmitgliedschaft betreffend.

b) An die Gauvorstände:

unser Abrechnung für das 4. Quartal 1901, zwei Abrechnungsformulare, zwei Formulare zur Aufstellung der Ausgaben für die Zeitung und Kontrolle der Streiks, ein Zirkular, betreffend Zufassung von Büchern und Streikmaterial. Außerdem: einige Abrechnungsverzeichnisse, ein Verzeichnis der Ausgeschlossenen, ein

Exemplar Anweisung für die Revisoren und ein Zirkular, die Ehrenmitgliedschaft betreffend.

Diesem Zweigvereins- oder Gauvorstände, welche die Sendung oder einzelne der genannten Sachen nicht erhalten haben, werden ersucht, uns sofort Mitteilung zu machen.

Die Vorstehenden der Zweigvereine sind angewiesen, eine Sitzung einzuberufen und die genannten Sachen dem Gesamtvorstande zu unterbreiten. Dasselbe gilt auch für die Gauen.

Die Quartalsabrechnung und die der Hauptkasse gehörenden Gelder sind bis zum 15. April einzusenden.

Die Revisoren

werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie laut § 2a des Statuts verpflichtet sind, den Kassierer monatlich mindestens einmal zu revidieren. Dieses hat auch mit der Quartalsabrechnung zu geschehen.

Ehrenmitglieder.

Die uns zugesandten Bücher derjenigen Kollegen, welche von den Zweigvereinen resp. den früheren Zirkularen zu Ehrenmitgliedern ernannt sind, senden wir mit dieser Nummer des „Grundstein“ zurück. Die „Grundstein“-Adressaten werden ersucht, die Bücher an den Zweigvereinsvorsitzenden oder Kassierer abzuliefern.

Bei Durchsicht der Bücher haben wir die trübe Erfahrung machen müssen, daß in sehr vielen Fällen die statutarischen Bestimmungen bezüglich Ehrenmitgliedschaft außer Acht gelassen wurden. Es sind Kollegen zum Ehrenmitglied ernannt, die wohl 60 Jahre alt oder völlig erwerbsunfähig waren, die der Organisation aber noch nicht lange genug angehört hatten. Andere wieder sind lange genug Mitglied, haben aber das vorgeschriebene Alter noch nicht erreicht oder sind nicht völlig, wie das Statut es verlangt, sondern nur teilweise erwerbsunfähig.

In allen diesen Fällen besteht die Ehrenmitgliedschaft nicht zu Recht, und ist dieselbe daher aufzugeben. Die Namen der hierfür in Betracht kommenden Kollegen haben wir in dem Begleitschreiben, welches den Büchern beigesetzt ist, genannt.

Die Bücher der mit Recht zum Ehrenmitglied ernannten Kollegen haben wir auf der Titelseite mit einem Stempel versehen. Unter diesen Büchern befinden sich aber auch mehrere, welche nicht in Ordnung sind. Entweder ist der dargelegte Beitrag nicht gezahlt oder die Rubriken im Mitgliedsbuch sind nicht abgestempelt, oder es fehlt jeder Vermerk über die Ernennung zum Ehrenmitglied. Das Versäumte muß nachgeholt werden, wenn die betreffenden Kollegen ihrer Rechte auf Unterstützung nicht vollständig verlustig gehen sollen. Ohne ein vollständig geordnetes Mitgliedsbuch ist es uns unmöglich, eine Anweisung auf Unterstützung in Sterbefällen ausstellen zu können.

Bei Ausführung der statutarischen Bestimmung bezüglich „Ehrenmitgliedschaft“ bitten wir, in der Folgezeit Nachstehendes zu beachten:

1. Kein Mitglied darf zum Ehrenmitglied ernannt werden, wenn es nicht 60 Jahre alt ist und der Organisation ununterbrochen 10 Jahre angehört, oder wenn es nicht völlig erwerbsunfähig ist und in diesem Falle der Organisation ununterbrochen 5 Jahre angehört hat.
2. Unter völlig erwerbsunfähig sind zu verstehen alle diejenigen Mitglieder:

- a) welche auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes eine Rente beziehen;
- b) welche von der Unfallversicherungs-Gesellschaft für Bauern und völlig erwerbsunfähig erklärt sind und infolgedessen die Rente beziehen;
- c) welche dauernd — also nicht nur vorübergehend — nicht in der Lage sind, weder im Maurergewerbe noch in einem anderen Berufe irgend welche Arbeiten verrichten zu können.

Demnach sind alle diejenigen von der Ehrenmitgliedschaft ausgeschlossen, welche infolge Krankheit oder eines erlittenen Unfalles vorübergehend ganz resp. teilweise erwerbsunfähig sind.

3. Die Ernennung zum Ehrenmitglied kann nur durch eine Zweigvereinsversammlung erfolgen. Vor der Abstimmung hat der Zweigvereinsvorstand den Nachweis zu führen, daß die Bedingungen des Statuts erfüllt sind.

4. Nach der Ernennung zum Ehrenmitglied ist dem betreffenden Kollegen eine diesbezügliche Benennung in sein Mitgliedsbuch zu machen. Dabei ist anzugeben, an welchem Datum die Ernennung von der Versammlung beschlossen wurde und ob dieselbe infolge des Alters von 60 Jahren und zehnjähriger Mitgliedschaft oder wegen völliger Erwerbsunfähigkeit und fünfjähriger Mitgliedschaft erfolgte.

5. Die infolge ihres Alters zu Ehrenmitgliedern ernannten Kollegen haben den Beitrag zum Unterstützungsfonds zu zahlen. Dieser beträgt:

bis 27 J.	— 4
von 28	5
33	10
38	15
43	20
48	25
53	30

6. Den infolge frühzeitiger völliger Erwerbsunfähigkeit zu Ehrenmitgliedern ernannten Kollegen kann der Beitrag durch Beschluß einer Zweigvereinsversammlung erlassen werden. Wenn eine vollständige Befreiung vom Beitrag abgelehnt wird, dann ist der unter 5 genannte Beitrag zu entrichten.

7. Sind die zur Beitragsleistung verpflichteten Ehrenmitglieder in einer Woche länger als drei Tage arbeitslos, dann kann ihnen auch der Beitrag zum Unterstützungsfonds erlassen werden, vorausgesetzt, daß sie sich in der von Zweigverein vorgeschriebenen Weise melden. Ebenfalls tritt eine vollständige Befreiung vom Beitrag ein während der Dauer einer Krankheit, wenn dieselbe über einen Monat währt.

8. Zur Ausfüllung des Beitrages für Ehrenmitglieder sind Unterstützungsfondsmarken zu verwenden, welche bei uns in allen Breislagen zu haben sind. Die Marken sind in's Mitgliedsbuch zu kleben.

9. Wird der Beitrag wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit erlassen, dann sind die für die Beitragsfreien Wochen im Mitgliedsbuch in Betracht kommenden Rubriken zum Einkleben der Marken mit dem Kassierstempel zu versehen. Außerdem ist in jeder Rubrik zu vermerken, aus welchem Grunde der Beitragsbefreiung eintritt. Ist der Grund Arbeitslosigkeit, dann ist hineinzuschreiben: „Arbeitslos“, und ist der Grund Krankheit, dann ist hineinzuschreiben: „Krankheit“.

10. Denjenigen Ehrenmitgliedern, welchen der Beitrag auf Grund des § 12a Abs. 2 des Statuts vollständig erlassen wurde, sind in ihrem Mitgliedsbuch die Beitragsrubriken ebenfalls regelmäßig mit dem Kassierstempel zu versehen. Ebenso ist in jedem Jahre zu vermerken, aus welchem Grunde die Beitragsbefreiung erfolgte.

Marken-Verband.

In der Woche vom 24. bis 29. März sind Marken derart zu versehen (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosienmarken, K = Kaspertagsmarken, U = Unterstützungsfondsmarken):

Blankenburg (Schwarzthal) 400 B & 80 A.
 Caputh 200 B & 45 A, 100 B & 50, 100 B & 55, 100 A & 25, Cammer 50 B & 55, Golsberg 1000 U & 5.
 Garmitz 10 E & 50, 600 B & 30;
 Diebelsdorf 10 E & 50 A, Döberan 100 A & 25. Dornmund 100 E & 50, 2000 B & 45.
 Ebersfeld 500 B & 40 A, Ernter 50 A & 25.
 Friedland 200 B & 30 A, 800 A & 25. Freyburg 600 B & 80.
 Frankfurt a. M. 2000 B & 60.
 Gera 200 A & 25 A, Greifenhausen 100 A & 25. Göße 200 B & 35.
 Götting 1000 B & 35, 200 A & 25. Götting 200 B & 30.
 Gr.-Zehren 200 B & 50, 200 B & 45, 100 A & 25.
 Hamburg 10 000 B & 55 A, 500 Streifenfondsmarken & 30.
 Hammer 5. Jägund 200 B & 25, 100 A & 25. Hammelsfeld 400 B & 35, 100 B & 25, 200 A & 25. Holtmann 200 B & 55.
 Jersdorf 100 A & 25 A, Jüterburg 50 E & 50, 200 B & 30.
 Kitzingen 400 B & 30 A, Knechtberg 100 B & 50. Krausnick 100 B & 25.
 Ragatzburg 200 B & 25. Röslein 20 E & 50, 200 B & 40.
 Strophsdorf 100 B & 25.
 Saage 500 B & 35 A. Sagen 300 B & 55, 300 B & 35.
 Seeburg 400 B & 40 A. Witzau 400 B & 30, 200 A & 25.
 Witten 10 E & 50.
 Raumbach 100 B & 25 A. Nienleben 100 B & 30. Neuenb. 15 E & 50. Neuhardenberg 100 B & 25, 200 B & 35, 100 B & 40.
 Baaren 100 B & 55 A. Breß 400 B & 45. Bütz 100 B & 50, 500 B & 25. Bütz 60 E & 50.
 Wendeburg 200 A & 25 A. Regensburg 15 E & 50, 50 A & 25. Reinfeld 400 B & 50, 100 A & 25. Reichen 10 E & 50.
 Saarmund 100 B & 60 A. Sonnenberg 10 E & 50, 600 B & 35.
 Steinmünde 20 E & 50. Stettin 5000 B & 60. Strelitz 600 B & 35. St. Johann 400 B & 35.
 Torgau 200 B & 35 A. Trebbin 5 E & 50, 400 B & 35, 50 B & 55, 50 A & 25.
 Werder 400 B & 45 A. Wiegler 100 E & 50, 400 B & 30, 50 A & 25. Wolmirstedt 200 B & 50, 300 B & 30.
 Walsrode 400 B & 35. Wittenberg 10 E & 50, 1200 B & 35.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neuergewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, welche bisher Mitteilung gemacht haben.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Wilhelm Krull - Wismar (Buch-Nr. 80 647), Friedrich Mahlow - Lehnitz (142 324), Karl Günther - Götzen (049 755).

Ausgeschlossen

auf Grund des § 18a des Statuts von den Zweigvereinen Gr.-Ottelsleben: Ernst Meide (Buch-Nr. 145 625); Berlin: Aug. Voigt (202 322). Voigt hat seine Mitgliedschaft durch falsche Angaben erreicht. Derselbe war früher Mitglied, ist aber 1898 unter Hinterlassung von Schulden ausgeschieden und hat bis vor Kurzem in Alford gearbeitet.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 25. bis 29. März 1902 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen Bromberg (zurückgesandte Streifenunterstützung) M. 9,35, Erfurt 150, Leipzig 800, Mühlhausen i. Thür. 50. Summa M. 1009,35.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Beitragskassen genau anzugeben, wofür das eingekommene Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 29. März 1902.

F. Käfer,

Hamburg-St. Georg, Brennerstr. 11, 1. Et.

Zentral-Krankenkasse.

(Grundkapital zur Einigkeit.)

In der Woche vom 23. bis 29. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltungen in Potsdam M. 200, Hamburg-Eppendorf 100, Seibelsberg 100, Heubach 80. Summa M. 480.

Zufüsse erhielten: Spandau M. 400, Wald-Nickelbach 200, Groß-Schönbeck 200, Landstuhl 200, Dönnabrid 200, Felsenbach 200, Neuzelle 130, Belten i. d. Mark 100, Alt-Barthau 100, Rathenow 75, Zuisburg 80, Müllin i. Ravens. 60, Zeterow 50, Gehrings 25, Verrenth 20. Summa M. 2100.

Altona, den 29. März 1902.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 67.

→ Anzeigen. ←

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbefalle Mitteilung erhalten. Die Beile ist 1 A.)

Bernau. Am 27. März verstarb plötzlich unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Humpke** im Alter von 52 Jahren infolge Abkühlung vom Genuß.

Dresden. Am 26. März starb unser treuer Verbandsmitglied **Hermann Bengsch** aus Wiesenborn im Alter von 24 Jahren.

Hannover. Am 17. März verstarb unser Verbandskollege **Valentin Naeke** im Alter von 47 Jahren.

Sarburg a. d. Elbe. Am Donnerstag, den 27. März, starb plötzlich und unerwartet am Blutergerstung unser treuer Mitglied **Peter Cohrs** im Alter von 24 Jahren.

Wemlingen. Am 28. März verstarb nach langem Leiden unser Verbandskollege **Diedrich Iharg** im Alter von 47 Jahren.

Templin. Am 24. März 1902 verstarb nach langer Krankheit unser Verbandskollege, Maurer **Wilhelm Tage** aus Densow b. Templin, im 46. Lebensjahre.

Wilsnack. Am 26. März verstarb nach langem schweren Leiden unser Verbandskollege **Joachim Muhs** aus Wilsnack im 53. Lebensjahre an Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeld

ist in der Zeit vom 24. bis 29. März bezahlt worden für nachstehend bezeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:

Karl Bergmann - Hannover (Buch-Nr. 216 020), Frau Bergmann - Wilsnack (225 104), Karl Herrn. Wächter - Leipzig (01 385), Heinrich Bauer-Mannheim - Wittenberg (020 928), Wilh. Thiede - Wittenberg (031 415), Friedrich End-Schulze (232 757), Wilhelm Müller-Köln (154 021), Albert Mühl-Göhrn (250 282), Wilhelm Gumbach-Bernau (111 481), Hermann Wengisch-Dresden (072 935), Valentin Naeke-Hannover (215 834), Aug. Gütlich-Bietzen (094 644).

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Erstausgangstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 2 Zeilen nicht übersteigt, beträgt 20 Pf. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders eingeleitet werden.)

Verbandsveranstaltungen der Maurer.

Donnerstag, 5. April.

Merseburg. Abends 8 Uhr Wanderversammlung in der „Fünfschloß“.

Freitag, 6. April.

Belgern. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im „Weißen Hof“. Rühliges Gelingen wünschenswert.

Beitz. Abends 8 Uhr Wanderversammlung. Der Vorstand bittet um pünktliches Erscheinen.

Dahme. Wanderversammlung am Vereinslokal. Um pünktlichen Besuch wird gebeten.

Neuhardenberg. Quartalsabrechnung u. Verbandsangelegenheiten. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal. T. C. D.

Neuhäus a. d. Elbe. Wanderversammlung im Vereinslokal. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal.

Lychen. Wanderversammlung im Vereinslokal. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal.

Zeulenroda. Wanderversammlung 3 Uhr. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Dienstag, 8. April.

Bitterfeld. Abends 8 Uhr. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Nürnberg. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Restaurant „Egel“, Schillerplatz. Pünktliches Erscheinen wünschenswert.

Freitag, 11. April.

Obernsohl. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Gasthof „Zum höchsten Adam“. Pünktliches Erscheinen wünschenswert.

Donnerstag, 13. April.

Annaburg. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal. T. C. D.

Köln. Wanderversammlung im Vereinslokal. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal.

Ohlau. Wanderversammlung im Vereinslokal. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal. Abends 8 Uhr Wanderversammlung im Vereinslokal.

Werder a. d. H. Um pünktlichen Besuch wird gebeten.

Öffentliche Wanderversammlungen.

Donnerstag, 6. April.

Zäckerick. Abends 8 Uhr öffentl. Wanderversammlung. Die Kollegen aus Zäckerick, GutsMuths und Reiden müssen anwesend sein.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u. w.

Donnerstag, 12. April.

Spandau. Abends 8 Uhr Wanderversammlung bei Hilde, Neumühlstr. 5. T. C. D.: Kassenbericht, Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Freitag, 13. April.

Mariendorf u. Umg. Abends 8 Uhr Wanderversammlung bei Hilde in Tempelhof. T. C. D.: Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung, Kassenangelegenheiten und Verchiedenes.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co. in Hamburg.